

Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2,70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,30 DM ausgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . 3,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . . 0,10 DM
Stellengefuche . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreislifte Nr. 2 —

Nr. 279

Halver, Donnerstag, den 30. November

1950

UNO-Rückzug nun „in voller Ordnung“

Chongchon-Linie wurde aufgegeben

Neue Verteidigung nördlich Pjoengjang und Wonsan — Der scherzhafte McArthur

dmt. Tokio, 30. November

Ohne Rücksicht auf Verluste werfen die Kommunisten ihre Verbände in den Kampf, um ihr großes Angriffsunternehmen zu einem entscheidenden Sieg zu bringen. Die UNO-Truppen wurden gezwungen, ihre Stellungen am Chongchon-Fluß völlig aufzugeben und eine neue Verteidigungslinie etwa 30 Kilometer südlich zu beziehen, nachdem auch Kunuri in die Hand der Kommunisten gefallen ist. Eine große Gefahr entsteht durch die Einkreisungstaktik der Kommunisten, deren südwestlich von Tokchon vorgehende Verbände die Westfront der UNO-Truppen völlig abzuschneiden drohen. Die amerikanische Truppenführung sieht sich daher vor schwere Abwehraufgaben gestellt, die nur durch den von McArthur angeordneten Einsatz aller verfügbaren Jagd- und Kampfflugzeuge gegen den kommunistischen Aufmarsch lösen kann. Dank der Wetterbesserung konnte die Luftwaffe in weit höherem Maße eingesetzt werden als in den Tagen zuvor, und McArthur hofft dadurch die kommunistischen Angriffskolonnen dezimieren zu können.

Vom amerikanischen Hauptquartier verlautet, daß der Rückzug der UNO-Truppen in voller Ordnung erfolge und daß man hoffe, nördlich von Pjoengjang und Wonsan eine feste Verteidigungslinie halten zu können. Demgegenüber war am Mittwochabend noch gemeldet worden, daß die Entwicklung in Nordkorea mehr und mehr den Charakter eines Zusammenbruchs annehme. Auch am vierten Tag der roten Offensive zeigten sich keinerlei Anzeichen dafür, daß dem stürmischen Vormarsch der Kommunisten in nennenswertem Umfang Einhalt geboten werden kann. 200.000 Chinesen und 70.000 Nordkoreaner setzten am Mittwoch ohne Rücksicht auf Verluste ihren Vorstoß fort, obwohl auf den Vormarschstraßen, die ständig von der amerikanischen Luftwaffe angegriffen werden, sich stellenweise die Leichen zu Bergen türmen.

Die kommunistische Offensive hat die amerikanischen Streitkräfte, die von Nordostkorea aus bis an den Yalu und bis zum Chosin-Stausee vorgeedrungen waren, von ihren rückwärtigen Ver-

bindungen abgeschnitten. Die in dem Raum von Sansu und Hyesan Jin operierende Marineinfanterie und die weiter nordwärts stehende 7. USA-Division, müssen aus der Luft versorgt werden und sind in Gefahr, von den — auch von Süden her — angreifenden chinesischen Verbän-

den gegen die mandschurische Grenze gedrückt zu werden.

General McArthur, dessen Wort, seine Soldaten wären wohl zu Weihnachten wieder zu Haus, heute wie eine blutige Ironie klingt, hat in einem Telegramm mitgeteilt, man habe ihn offenbar mißverstanden und scherzhafte Aeußerungen im Gespräch mit seinen Befehlshabern übertriebene Bedeutung beigegeben.

Luftschub in Tokio

doa. Tokio, 29. November

General McArthur erließ am Mittwoch Anweisungen für Vorkehrungen zum Schutz der Amerikaner in Tokio gegen Luftangriffe. Den Amerikanern wurde ein Heftchen zugestellt, in dem Verhaltensmaßnahmen für den Fall von Luftangriffen mitgeteilt werden.

Heftige Worte im Sicherheitsrat

Malik verlangt Sanktionen gegen die Vereinigten Staaten

dmt. New York, 30. November

Im Sicherheitsrat kam es um die Frage Korea und Formosa und die Anschuldigungen des Peking-Vertreters Wu zu heftigen Auseinandersetzungen, vor allem zwischen dem amerikanischen Delegierten Warren Austin und dem Sowjetvertreter Jacob Malik. „Tatsachenverdrehung, Verleumdungen, halbe Wahrheiten und glatte Lügen“ nannte Austin die Ausführungen des Peking-Vertreters, demgegenüber er jede

Drohung entschieden zurückwies. Der Sowjet-Delegierte Jacob Malik machte sich zum Anwalt der chinesischen Interessen und forderte schließlich Sanktionen gegen die Vereinigten Staaten wegen der „Aggression“ in China. Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Formosa und anderen Teilen Chinas sei die Voraussetzung für eine friedliche Beilegung des Konflikts in Ostasien.

Während in einer Note der nordkoreanischen Regierung an die UNO den USA-Streitkräften in Korea „Grausamkeiten und bestialische Maßnahmen“ vorgeworfen wurden, klagte der südkoreanische Außenminister Ben Limb das Peking-Regime der verbrecherischen Aggression gegen die südkoreanische Republik an. Der nationalchinesische Delegierte Dr. Tsiang erklärte, nicht die USA, sondern Rußland verfolge imperialistische Ziele in Ostasien. Kein Land habe China so umfangreiche Gebiete weggenommen wie Rußland unter der Herrschaft der Zaren und unter der Herrschaft der Sowjets. Den USA aber gehöre kein Stück chinesischen Bodens.

Der Sicherheitsrat vertagte sich auf Donnerstag.

Wirtschaftsministerium für Währung verantwortlich

Schäffers Standpunkt drang nicht durch — Ende der Kontroverse mit Erhard?

dl. Bonn, 29. November

Die Verantwortung für die Währung wird künftig bei der Bank Deutscher Länder und dem Bundeswirtschaftsministerium liegen, nachdem Bundesfinanzminister Schäffer mit seinen Einwendungen gegen diese Neuordnung bei den Wirtschaftsverhandlungen in Bad Niederbreisig nicht durchgedrungen ist.

Die Hintergründe der Neuordnung deuten auf scharfe Kontroversen zwischen Erhard und Schäffer hin, die in der letzten Zeit besonders im Zusammenhang mit der Kreditpolitik des Bundesfinanzministers zutage traten. Die Bundesregierung hatte in ihrem Memorandum an den Rat der OEEC bereits darauf hingewiesen, daß ein stärkerer Schutz der D-Mark vor kreditexpansionistischen Tendenzen notwendig sei. Schäffer, der auf einen unbedingten Ausgleich der Zahlungsbilanz gedrungen hatte, bekämpfte bis zuletzt die von der Bank Deutscher Länder ebenso wie von Erhard befürwortete Politik der „beschränkten Konsumlenkung“, die von der Bundesregierung als notwendiges Übel in der augenblicklichen Devisensituation angesehen wird.

Man hofft in Bonn, daß die sachliche — und nicht immer unpersönliche — Auseinandersetzung zwischen Bundeswirtschafts- und Finanzministerium nunmehr abgeschlossen ist. Der Haushalt des Finanzministeriums wird infolge des Wegfalls der Geld- und Kreditkompetenzen nicht unbedeutend herabgesetzt werden.

Gründe der Preiserhöhung

dl. Bonn, 29. November

Das Bundeswirtschaftsministerium teilt zu der vom statistischen Bundesamt gemeldeten Erhöhung des Lebenshaltungsindex für Mitte November mit, daß die Preiserhöhungen auf dem Lebensmittelsektor auf jahreszeitliche Entwicklungen auf dem Obst-, Gemüse- und Eiermarkt zurückzuführen seien. Durch die verstärkte Nachfrage nach Schweinefleisch würden auch hier Preissteigerungen ausgelöst. Die Auftriebe von Schweinen zu den 41 Viehmärkten betrugen im Durchschnitt der letzten fünf Wochen 48.000 Stück, das sind mehr als 14 Prozent als Ende Juni. Das Rinderangebot war sogar um fast die Hälfte größer als Ende Juni. Trotz dieser kräftigen Erhöhung des Angebotes von Fleisch drückte die insbesondere in den Industriegebieten zu beobachtende und durch Mehrbeschäftigung sowie Lohnerhöhungen verstärkte Nachfrage die Preise nach oben.

Zentner Hausbrand 8 Pfg. teurer

dl. Bonn, 29. November

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Bundesrates hat in seiner Sitzung vom 29. November der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Kohlen- und Stahlpreiserhöhung zugestimmt. Der Ausschuss billigte eine durchschnittliche Kohle-

preiserhöhung um 4,50 DM pro Tonne. Für die Hausbrandkohle ergibt sich eine Verteuerung von 1,60 DM pro Tonne, also acht Pfennig pro Zentner. Der Preis für Koks wird von 42 auf 48 DM heraufgesetzt. Der Stahlpreis um 26,50 DM pro Tonne. Gegen diese Preiserhöhung sprachen sich lediglich die Mitglieder der SPD-Fraktion aus.

Acheson: Beispiellose Gefahr für den Weltfrieden

„Auf das Beste hoffen und das Schlimmste gefaßt machen“ - Drohende Kriegsgefahr

dmt. Washington, 30. November

Mit großer Spannung wurde am Mittwochabend eine vom Außenministerium angekündigte Rundfunkrede des Außenministers Acheson an das amerikanische Volk erwartet. Die Rede, die am Donnerstag um 3 Uhr deutscher Zeit von vier Rundfunkstationen aus dem Büro Achesons

übertragen wurde, stellt die erste amtliche Stellungnahme zu der Wendung in Nordkorea dar und läßt keinen Zweifel an der großen Gefahr, die durch den neuen unprovzierten Angriffsakt für den Weltfrieden entstanden ist.

Mit allem Ernst stellte der amerikanische Außenminister fest, daß das Eingreifen der chine-

sischen Kommunisten in Korea eine beispiellose Gefahr für den Weltfrieden bedeute: „Niemand kann garantieren, daß es nicht zum Kriege kommt. Die gegenwärtige Krise ist überaus schwer. Wir haben nur zum Teil darüber zu entscheiden, ob sich die Vernunft durchsetzen wird. Wir müssen auf das Beste hoffen und danach streben, während wir uns auf das Schlimmste gefaßt machen können.“

Acheson warf der Sowjetunion vor, sie unterstütze und fördere die Angreifer und erklärte, der internationale Kommunismus gehe auch bewußt auf das Risiko eines Krieges aus. Es handle sich nicht nur um eine neue Phase des Korea-Feldzuges, sondern um eine neue unprovzierte Aggressionshandlung, die noch unmoralischer sei als die erste. Dabei leate Acheson besondere Betonung auf die Feststellung, daß die Volksrepublik China über die Absichten der UNO-Truppen nicht im unklaren hätte sein können, denn es sei von Anfang an wiederholt klar gestellt worden, daß die Zurückweisung der Angreifer und die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des koreanischen Volkes der einzige Auftrag der UNO-Streitkräfte sei. Mit allem Nachdruck wies Acheson das kommunistische Regime in China darauf hin, daß es vor der „Stunde der Entscheidung“ stehe und daß zu bedenken, daß ein Krieg weder im Interesse Chinas noch der chinesischen Bevölkerung liege. Das amerikanische Volk wünsche seine Freiheit in friedlicher Weise zu wahren. Es habe aber bereits bewiesen, das es nötigenfalls auch dafür zu kämpfen bereit ist.

Der amerikanische Außenminister beschloß seine Rede mit einem Appell an das amerikanische Volk, geschlossen die „Strategie der Freiheit“ zu unterstützen, deren Grundzüge seien: Unterstützung der UNO und der regionalen Organisationen, schneller Aufbau der amerikanischen Verteidigungsstärke gemeinsam mit den Verbündeten, wirtschaftliche Zusammenarbeit, Verhandlungsbereitschaft und festes Eintreten für die Grundzüge und Ziele der freien Gesellschaftsordnung.

Baltische Tragödie

Ueber Litauen, Lettland und Estland liegt die Stille eines toten Landes. Nur selten kommen Nachrichten aus den baltischen Ländern. Sie sprechen von Verschleppungen, von Kollektivierung, von Kirchenverfolgung, von einer Ueberfremdung des Landes durch Menschen aus der Sowjetunion, sie sprechen vom langsamen Sterben dreier Völker, die den erzwungenen Anschluß ihrer Staaten an die Sowjetunion, an das „freie Land der Welt“, mit Vertreibung und Tod bezahlen müssen. Der Widerstand der Bauern, die den Hauptteil der Bevölkerung der drei Länder ausmachen, ist gebrochen. Die Berichte über Partisanenkämpfe in den litauischen Wäldern, über Sabotageakte in Lettland und Estland sind selten geworden. Diese Völker sind am Ende ihrer Kraft.

Moskau setzte nach der Okkupation der baltischen Länder dort zwar Regierungen ein, die aus Einheimischen bestanden. Die Geschehnisse der Länder aber bestimmten nicht die Minister, sondern die russischen Sekretäre und Kommissare, die hinter ihnen standen und deren Maßnahmen sehr schnell erkennen ließen, daß es Moskau nicht darum gegangen war, die baltischen Völker der Segnungen des sowjetischen Sozialismus teilhaftig werden zu lassen, sondern daß der Kreml nur das Ziel verfolgte, mit dem Baltikum einen großen Teil der Südküste der Ostsee zu gewinnen, um seine strategischen Positionen auszubauen. Eingriffe in die Befugnisse der drei Regierungen ließen immer wieder erkennen, daß die Eigenstaatlichkeit im Rahmen der Sowjetunion nur eine Farce war.

Jetzt hat eine neue „Säuberungsaktion“ den Präsidenten Lettlands, Professor Kirchensteins, den Außenminister Valeskals, den Landwirtschaftsminister Sak und den Erziehungsminister Tsradzin hinweggeführt. Nationalismus ist der Hauptvorwurf, der gegen den Staatspräsidenten erhoben wird. Kirchensteins, ein Gelehrter, Mikrobiologe von internationalem Ruf, ist heute 78 Jahre alt. Glaubt man im Ernst, daß der Nationalismus eines von der Welt abgewandten Greises der Sowjetunion oder der lettischen Sowjetrepublik gefährlich werden könnte? Glaubt man, daß etwa einer der Männer, die von Moskau Gnaden sich Minister nennen dürfen, imstande gewesen wäre, in Lettland eine nationalistische Bewegung ins Leben zu rufen? Das glauben selbst die Sowjets nicht, aber jetzt ist das Stadium erreicht, in der sie ohne Rücksicht auf die Wirkung ihres Vorgehens auf die baltischen Völker selbst oder auf das Ausland die Marionetten zurückziehen können, die sie nach der Okkupation der Länder an deren Spitze stellten, um sie nun durch waschechte Bolschewisten und richtige Russen zu ersetzen.

Nach dieser Säuberungsaktion in Lettland ist mit ähnlichen Unternehmungen in Litauen und Estland, mit der Beseitigung weiterer Minister in den baltischen Sowjetrepubliken zu rechnen. Wen man dann auch immer an ihre Stelle setzen mag, für die Völker der drei baltischen Staaten besagt das nichts. An dem Urteil, das mit dem Anschluß an die Sowjetunion gesprochen wurde, wird dadurch nichts geändert, daß die Männer wechseln, die es vollstrecken.



Der neue Stuttgarter Landtag wird nach der endgültigen Berechnung folgende Mandatsverteilung ausweisen: SPD 34 Sitze, CDU 28, DVP 22 und DG-BHE 16 Sitze.

Die Seite der Heimat

Halver, den 30. November 1950

Andreastag

Der 30. November ist diesem Heiligen gewidmet, der ein Bruder des Simon Petrus war. Von ihm geht die Sage, daß er bis tief nach Rußland hinein das Evangelium brachte und deshalb dort auch heute noch in hohen Ehren steht. Der Volks Glaube hat um diesen Tag mancherlei Sitte und Brauchtum gewoben. Ihm geht die geheimnisvolle Andreasnacht voraus, in der den jungen Burschen und Mädchen im Traum der zukünftige Lebensgefährte erscheint. Man muß nur den rechten Sinn dafür haben. Der Aberglaube spricht dem Andreas, den man zu einer bestimmten Stunde anrufen muß allerlei heilsame Kräfte und wundervolles Handeln zu, das manchen Wunsch in Erfüllung gehen läßt. Der Tag spielte im Leben unserer Vorfahren eine große Rolle und seine Bedeutung unterstrichen die Mächte dieser Welt damit, daß sie ihm zu Ehren besondere Münzen prägen ließen. So den Andreasgroschen und den Andreaskreuzer.

Für uns Heutige ist der Andreastag in vielen Landschaften Deutschlands mit den ersten großen Märkten und Messen des Winters verbunden. Am Andreastag schießen in großen und kleinen Gemeinden die Budenstädte schier über Nacht aus dem Boden. In vielen Städten ist es zur Tradition geworden, die Eröffnung des Marktes mit einem feierlichen Umzug zu beehren. Haben sich die Festtage verlaufen, strömt das Volk wie seit Jahrhunderten auf den Platz, der zum „Schlaraffenland“ im nüchternen Häusermeer wird.

Weihnachtsverkehr der DB

Festtagsrückfahrkarten besonders günstig

Im diesjährigen Weihnachtsverkehr gibt die Bundesbahn über die üblichen Sonntagsrückfahrkarten in den festgelegten Verbindungen mit tarifmäßiger Geltungsdauer hinaus auch noch Sonntagsrückfahrkarten als sogenannte Festtagsrückfahrkarten in allen Verbindungen über 70 Kilometer mit folgender Geltungsdauer:

Erste Silhouetten des Weihnachtsgeschäfts

Die Verkaufskurve beginnt zu steigen

Vor wenigen Wochen noch gab man dem bekannten Schlager dieser Samba-Saison „Ei, ei, Maria...“ das neue Wortspiel „Ei, ei, ei, Korea, der Krieg rückt immer näher...“, oder „Ei, ei, ei, Sanella, Sanella in den Keller...“. Die außenpolitischen Fühler sind demnach bereits eingezogen erste Umriss des Weihnachtsgeschäfts zeichnen sich ab.

Überall hat man bereits seine ersten Vorbereitungen getroffen. „Angezahlte Waren werden auf Wunsch bis Weihnachten zurückgestellt.“ Das betrifft den Einzelhandel wie auch den Käufer. Dispositionen müssen auf beiden Seiten getroffen werden. Hier das Angebot und die Auswahl — dort der casus criticus, der Geldbeutel.

Das Spielzeug ist sehr gefragt. Die Schaufenster der Spielzeugläden sind immer belagert; nicht nur von Schaulustigen. Schon seit Wochen werden Abschlüsse getätigt. Gefragt ist besonders das hochwertige mechanische Spielzeug, wie z. B. die elektrische Märklin-Eisenbahn. Das einfache, nicht mechanische Spielzeug ist dagegen zurückgedrängt worden. Steinbaukästen haben Seltenheitswert. Daß das bewegliche Spielzeug bevorzugt wird, liegt gewiß nicht an unserer motorisierten und schnellen Zeit, es liegt begründet in der Zusammenarbeit der Spielzeugindustrie mit der modernen Kinderpsychologie. Die Aufmerksamkeit des Kindes wird durch das bewegliche Spielzeug stärker geweckt. Die Preise

für das Spielzeug haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Nicht minder gefragt sind Textilien. Die überstürzten Einkäufe im August und September werden das Weihnachtsgeschäft kaum beeinträchtigen, weil erfahrungsgemäß für das Fest nur typische Geschenke den Kunden befriedigen können. Man erwartet im Textileinzelhandel eine lebhaftere Nachfrage und hat sich vorsorglich eingedeckt. Einen ganz besonderen Umsatz erwartet wieder der Einzelhandel für Lebens- und Genussmittel. Schokolade und Zucker sind zwar auch in den letzten Monaten von unseren Hausfrauen „gehört“ worden, aber der Handel hofft, daß die Hortungsware bis Weihnachten verbraucht ist. Die Konfitürengeschäfte verändern langsam ihr Gesicht. Langsam kommt das Wort „Weihnachten“ in die Auslagen, die Einzelware kann ihren Bestimmungszweck nicht mehr verleugnen. Bald wird es heißen „Für Nikolaus“, ja, und dann ist es soweit.

Auch in einem Gespräch mit einem Buchhändler erfahren wir, daß sie manche Hoffnungen an das Weihnachtsgeschäft knüpfen. Vor allem erwarten sie eine große Nachfrage in Kinder- und Jugendbüchern, die von den einzelnen Verlagen frühzeitig auf den Markt geworfen worden sind.

Im allgemeinen rechnet man mit einem Anziehen des Verkaufs für die nächsten Tage. Zum ersten verkaufsoffenen Sonntag, dem „Kupfernen“, erwartet man ein gutes Geschäft.

aus: zur Hinfahrt vom 20. Dezember 1950, 0,00 Uhr, bis 1. Januar 1951, 24,00 Uhr; zur Rückfahrt vom 24. Dezember 1950, 0,00 Uhr, bis 8. Januar 1951, 24,00 Uhr. Die Geltungsdauer dieser Festtagsrückfahrkarten ist damit gegenüber dem Vorjahre noch verlängert worden.

Das Brot — in Prüfung und Kritik

Bäcker-Innung Altena-Lüdenscheid ließ 300 Brote prüfen — Es muß mehr Wert auf Säuerung gelegt werden

Der Vorstand der Bäcker-Innung Altena-Lüdenscheid hat sich wiederholt mit der Frage befaßt, wie der Verbraucherschatz der Bezug von Brot aus den handwerklichen Bäckereien näher gebracht werden kann. Dazu hat auch der Innungsverband Anregungen gegeben. Der Vorstand der Innung Altena-Lüdenscheid ist nach reiflicher Erwägung zu dem Entschluß gekommen, eine Werbung für das Brot mit einer Aufklärung der Bäckermeister zu verbinden, die Fehler und ihre Ursachen aufdeckt und Wege zu ihrer Vermeidung weist. Am zweckdienlichsten erschien es, wie in früheren Jahren eine Brotprüfung durchzuführen und deren Ergebnis dann der Öffentlichkeit bekanntzugeben.

Das also sind die Gedanken, die der am Dienstag und Mittwoch vorgenommenen Prüfung durch die Zentralanstalt für Getreideverarbeitung Detmold zugrunde lagen. Es waren rund 300 Brote, deren Eigenschaften ermittelt und in „Zeugnissen“ festgelegt wurden. Jedes Brot erhielt eine Nummer, so daß die Prüfung ganz objektiv vorgenommen werden konnte. Wie unsere Bilder zeigen, wurden die Brote — jeder Bäcker hatte je ein angeschobenes und ein freigeschobenes Brot zur Prüfung eingereicht — nach den verschiedensten Gesichtspunkten geprüft. Es war da von Form, Stückung, Volumen, von der Kruste (Dicke und Gleichmäßigkeit, Bräunung und Ausbildung der Oberfläche), von der Krume (Porung, Elastizität, Gleichmäßigkeit, Wassergehalt) und vom Geschmack (Aroma und Säuregrad) die Rede, Begriffe, die zwar nur für den Fachmann verständlich, für den Verbraucher

aber wegen ihrer Vielseitigkeit interessant sind. Besonderer Wert wurde auf den Säuregrad gelegt.

Das Ergebnis der Prüfung

In der gestern nachmittag zum Saal Zickgraf (Concordia) einberufenen Innungsversammlung erstattete der Leiter der Detmolder Prüfungskommission, Schulz, über das Ergebnis der Brotprüfung Bericht. Seine Stellungnahme war, zusammengefaßt, etwa folgende:

Rund 50 Prozent der vorgelegten Brote hatten eine sehr gute, rund 20 Prozent eine gute Beschaffenheit. Die restlichen 30 Prozent sind zwar als befriedigend, aber durchaus verbesserungsfähig zu bezeichnen. Dazu sollten die Fachvorträge dienen. Besonders aufschlußreich werden für die Bäckermeister die Bewertungszettel sein. Im allgemeinen ist zu sagen, daß für den Innungsbereich Altena-Lüdenscheid mehr Wert auf die Säuerung gelegt werden muß.

Berliner Kurzsauerführung wurde empfohlen

Obermeister Alfred Bremer, Lüdenscheid dankte Herrn Schulz für die Bewertung und die Anregungen und bat ihn mit dem Fachvortrag über „Sauerteigführung und Trockenbrotherstellung“ zu beginnen. Aus den fachlichen Erläuterungen und Vorschlägen ging als für die Öffentlichkeit interessant hervor, daß der Sauerteig das bei weitem älteste Lockerungsmittel für Brot ist, das die Menschheit kennt. Eine biologische Säuerung des Brotes hielt der Referent auf Grund der in seiner Stellung gesammelten Erfahrungen für viel besser als das sogenannte „Trockensauerungsverfahren“, da es Hefen und Bakterien im gleichen Maße fördere. Er befürwortete in diesem Zusammenhang wärmstens die „Berliner Kurzsauerführung“, ein Verfahren, das sehr zeitökonomisch, dabei aber ebenso erfolgreich sein könne wie das normale biologische Säuerungsverfahren. Die schnellere Säuerung werde durch eine erhöhte Temperatur (etwa 35 Grad) für die Bakterien am günstigsten herbeigeführt, die allerdings die Hefe, deren optimale Temperatur niedriger liege, vernichtet. Dann müsse eben anschließend Trockenhefe beigegeben werden. Man könne so durch ein verhältnismäßig einfaches Verfahren ein gut gesäuertes Brot erzielen. Dem Wunsch des Verbrauchers nach weniger saurem Brot riet der Referent durch veränderte Mischung zu entsprechen. Diese fachlichen Ratschläge im einzelnen zu erwähnen, ist selbstverständlich im Rahmen dieses Berichtes nicht möglich.

Herr Stephan, ebenfalls Mitglied der Zentralanstalt für Getreideverarbeitung, gab

einen Überblick über die Methodik der Mischbrotherstellung deren Schwierigkeiten mit der Erzielung von Qualitätsunterschieden kurz gekennzeichnet seien.

Die Innung ist bemüht, die Qualität des Brotes zu heben

Backmeister Dose, Detmold, äußerte sich kurz zur Schrotbrotherstellung. Schrotbrot ist entweder Roggenschrotbrot, Pumpernickel und Schwarzbrot oder Weizenschrotbrot (zum Beispiel Grahambrot). Der Säuregehalt war früher, als es noch selbstverständlich war, Schinken oder Käse als Belag zu verwenden, höher. Heute, das heißt seit dem Kriege, zwingen verschiedene Gründe (Verknappung des „deftigen“ Belages, wie in Kriege- und Mangellagen, und seit der Währungsreform die Geldknappheit) dazu das Brot weniger gesäuert auf den Markt zu bringen, weil es oft nur mit Butter, Margarine oder Marmelade, oder sogar trocken verzehrt wurde und wird.

Was wir den weiteren Ausführungen entnahmen, war die Erkenntnis, daß, wie zu jedem Handwerk, auch zu dem des Bäckers ein gerütteltes Maß voll Wissen und Können gehört, von dem der Kunde im Laden, und sei es selbst die tüchtigste Hausfrau, sich kaum einen Begriff machen kann. Sehr erfreulich ist aber die Tatsache, daß sich die Bäckerinnung Altena-Lüdenscheid bemüht, durch Unternehmen wie dieses die Qualität des Brotes zu heben und die Herstellungsmethoden im Interesse der Bekömmlichkeit und der Schmackhaftigkeit dieses Hauptnahrungsmittels zu verbessern. Wir Verbraucher haben den Nutzen davon.

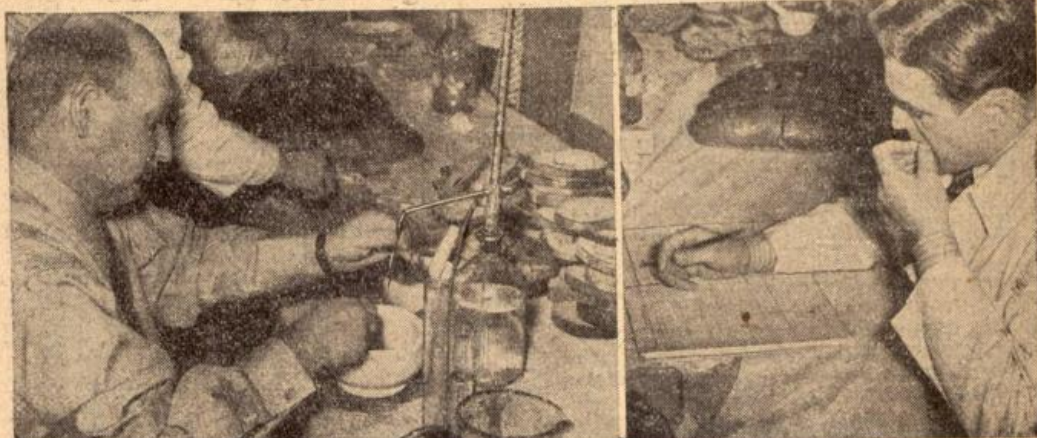
Der Kreistag beschloß den Widerruf der Anstellung Sponiers

In der nichtöffentlichen Sitzung des Kreistages ist folgender Beschluß gefaßt worden, der der Presse zur Veröffentlichung mitgeteilt wurde:

„Der Kreistag hat nach eingehender Uebersprüfung des Anstellungsverhältnisses des Oberkreisdirektors Sponier festgestellt, daß Oberkreisdirektor Sponier als Beamter auf Widerruf gemäß § 30 des Deutschen Beamten-Gesetzes gilt.“

Der Kreistag beschließt den Widerruf der Anstellung.

Die Zahlung der Dienstbezüge ist gemäß § 62 DBG mit Ablauf des Monats November 1950 einzustellen.“



In einem mit Zusatzen erreichten chemischen Prozeß wird das im Mörser zu einem dünnen Brei angerührte Brot auf seine Qualitätsmerkmale untersucht. — Der Herr (rechts) muß eine feine Zunge wie ein Weinhändler haben. Sein Urteil wird sofort „schwarz auf weiß“ festgehalten und ist unumstößlich. (Foto: Breitbach)

Von Generation

1900-1950

Zu Generation

1900

Fünzig Jahre sind seit der Gründung unseres Hauses vergangen: Fünzig Jahre unermüdlicher Arbeit und stets wachsender Erfolge! Kein Wunder, wenn die vorbildliche Schönheit, Qualität u. Preiswürdigkeit unserer „GUTEN“ Herren-, Damen- und Kinderkleidung in diesen fünf Jahrzehnten bei allen Freunden unseres Hauses sprichwörtlich geworden ist.



1950

„Billig“ oder „Gut“ - Was ist besser?

Es ist nicht unser Grundsatz, das Billigste zu bringen. — Unser Bestreben geht weiter: Wir pflegen die Qualitätsware. Für Ihr gutes Geld wollen wir Ihnen „gute“ Ware verkaufen. Es kommt eben darauf an, in jeder Preislage das Beste zu bieten. In diesem Sinne sind wir außerordentlich vorteilhaft. Bitte besuchen Sie uns: Geschultes Personal wird Sie fachmännisch beraten und zuvorkommend bedienen.

Höchstleistung

unsere Tradition!

Lampe
HAGEN

in Hagen Elberfelder Straße 1-5

Sonntag, den 3. Dezember, sind unsere Geschäftsräume von 14-18 Uhr geöffnet

„Niemöllers Anflchten berechtigt“

Kirchenpräses Held über die Remilitarisierung
dmt. Düsseldorf, 30. November

Kirchenpräses Held, der Leiter der Rheinischen Landeskirche, nahm vor Pressevertretern in der Frage der Remilitarisierung Stellung und erklärte, die Einstellung des hessischen Kirchenpräsidenten sei berechtigt. Es sei durch seine Äußerungen auch keine Verwirrung im Volke entstanden, da das Volk alle Argumente zu hören wünsche.

Die grundsätzlichen Erkenntnisse der evangelischen Kirche seien, so stellte der Kirchenpräses weiter fest, 1. daß die Voraussetzungen für ein echtes, staatliches, verantwortliches Handeln in der Bundesrepublik noch nicht voll gegeben seien, 2. könne sich Deutschland zwischen Ost und West nicht für den Westen entscheiden, 3. habe die innere Einheit Deutschlands Vorrang. Durch die Wiederaufrüstung würden alle Versuche einer inneren deutschen Einheit zerstört. Die evangelische Kirche vertrete nicht grundsätzlich eine pazifistische Haltung, es sei aber fraglich, ob alle Möglichkeiten für eine friedliche Lösung des Ost-West-Konfliktes bereits erschöpft seien.

Getreideversorgung gesichert

dl. Bonn, 29. November

Der Ernährungsausschuß des Bundestages begann am Mittwoch mit seinen Beratungen über die inländische Versorgungslage. Im laufenden Wirtschaftsjahr werden noch insgesamt 5,5 Millionen Tonnen Getreide benötigt, davon zwei Millionen Tonnen Roggen und 3,5 Millionen Tonnen Weizen. Aus inländischer Erzeugung stehen nur 1,3 Millionen Tonnen Roggen und 1,1 Millionen Tonnen Weizen zur Verfügung, so daß noch ein Einfuhrbedarf von 700 000 Tonnen Roggen und 2,4 Millionen Tonnen Weizen besteht.

Ein Teil dieser Einfuhren ist bereits durch Kontrakte sichergestellt, über den Rest schweben noch Verhandlungen. Die Getreideversorgung ist als absolut gesichert anzusehen.

SPD besteht auf Neuwahlen

Außenpolit. Aussch. gegründet

dpa. Berlin, 29. November

In dem Kommuniqué der zweitägigen Berliner Tagung fordert der SPD-Vorstand erneut Neuwahlen zum Bundestag. Der Vorstand wendet sich weiter gegen die, wie er sagte, wahrheitswidrigen Darstellungen Dr. Adenauers über seinen Standpunkt und den Dr. Schumachers in Sachen des deutschen militärischen Beitrages. Er wendet sich weiter nachdrücklich gegen die unerträglichen Einmischungen von westlicher Seite in die deutsche Innenpolitik, tritt für eine Verminderung der Besatzungskosten und für die Abschaffung aller überflüssigen alliierten Kontrollen ein.

Der SPD-Vorstand bildete einen außenpolitischen und einen verfassungspolitischen Aussch. beim Parteivorstand. Dem außenpolitischen Aussch. gehören u. a. Lütken, Rosenberg, Carlo Schmid, Schüttle und Wehner an.

Böckler: Wir lassen uns nicht abspießen

In der nächsten Zeit: Mitbestimmung im Vordergrund

dpa. Hannover, 29. November

Der DGB-Vorsitzende Böckler kündigte in der Generalversammlung der IG-Berobau an, daß die Gewerkschaften in der nächsten Zeit weniger mit Lohnforderungen als mit der Neuordnung der Wirtschaft beschäftigt sein würden. Sie dächten nicht daran, sich mit Surrogaten abspießen zu lassen. Der Zeitpunkt rücke heran, wo es des Einsatzes aller Gewerkschaftsorganisationen bedürfe.

Der 1. Vorsitzende der IG-Berobau, August Schmidt, meinte, die Kapazität des Bergbaues könne nur erweitert werden, wenn genügend Investitionskapital gestellt werde. Wenn nicht an das Abteufen neuer Schächte herangegangen werden könne, und wenn nicht in den Gruben planvoll neue Flöze aufgeschlossen würden, sei in einigen Jahren ein Kohlenengpaß zu erwarten, der verhängnisvoller werden könne als der gegenwärtige Kohlenmangel.

Schmidt gab in diesem Zusammenhang bekannt, daß die Zahl der tödlichen Unfälle im Ruhrbergbau jährlich zwischen 550 und 600 liegt.

daß immer noch 47 000 Bergleute in Baracken und 8000 Bergarbeiterfamilien in Nissenhütten untergebracht seien, während 57 000 Bergleute getrennt von ihren Familien leben müßten.

Arbeitskreis tagt in Bermanenz

dl. Bonn, 29. November

An dem Gesetzentwurf über das Mitbestimmungsrecht, dem sogenannten Betriebsverfassungsgesetz, wird jetzt mit Hochdruck gearbeitet. Der Arbeitskreis des vereinigten wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundestages und des Ausschusses für Arbeit tagt fast ununterbrochen um endlich einen diskutablen Entwurf fertigzustellen. Von den beiden Ausschüssen wurde darum gebeten, vorläufig von einer öffentlichen Diskussion der Arbeiten Abstand zu nehmen, um die „Volksstimmung“ nicht noch mehr zu vergiften.

Wenn die Beratungen im Arbeitskreis beendet sind, muß noch der Hauptausschuß für Arbeit zu der Frage Stellung nehmen, bevor die Angelegenheit an den Bundestag geht.

Schumacher kritisierte Regierungsparteien

„Soziale Marktwirtschaft vor dem Zusammenbruch“

dpa. Berlin, 29. November

In der bisher größten Berliner Wahlkundgebung mit etwa 11 000 Teilnehmern sagte der SPD-Vorsitzende Dr. Schumacher am Mittwoch, daß eine wirkliche Solidarität des ganzen Bundesgebietes Berlin helfen würde. Jeder spiele öfter die Liebe zum eigenen Geldbeutel eine größere Rolle als die Liebe zu Berlin. Ohne SPD-Fraktion im Bundestag würde die Hilfe für Berlin nicht so stark sein.

Schumacher warf der Bundesregierung vor, daß ihr bisher jede Initiative zur Einlieferung Berlins als 12. Land in die Bundesrepublik gefehlt habe. Bei einer Beurteilung der Regierungsparteien kam Dr. Schumacher zu dem Schluß, daß sich die CDU in einer Krise befinde und die FDP an der Kreuzung zwischen DNVP-Hugenberg und

Wirtschaftspartei Drewitz kranke. Der Block der Heimatvertriebenen (BHE) wird nach Ansicht Schumachers nur eine flüchtige Erscheinung in der deutschen Politik sein. Wenn die führenden Kreise der Deutschen Partei und des BHE ihre goldenen NSDAP-Abzeichen zusammenwerfen würden, dann hätte Berlin die Deckung für eine Goldwährung.

Den Bundeswirtschaftsminister machte er verantwortlich für das „Chaos der deutschen Wirtschaft“. Das System dieser sogenannten „sozialen Marktwirtschaft“ stehe jetzt vor dem Zusammenbruch. Wenn Bundeswirtschaftsminister Erhard kürzlich erklärt habe, das deutsche Volk sei stolz auf seine Leistung, so wolle er ihm antworten: „Das deutsche Volk ist stolz auf seine eigene Leistung, aber nicht auf seine Bundesregierung.“

Falkenhausen versuchte Staatsstreich

Freiburger Historiker entlastet den General in Brüssel

dpa. Brüssel, 29. November

Der Freiburger Historiker Prof. Ritter entlastete als Zeuge General von Falkenhausen in einer zweistündigen Aussage vor dem Brüsseler Kriegsgericht. Prof. Ritter, ein enger Freund Goerdelers, sagte aus, Falkenhausen sei die Hoffnung der Verschwörer des 20. Juli gewesen. Bereits 1940 habe er sich an dem Versuch beteiligt, den Oberbefehlshaber des Heeres, von Brauchitsch, zu einem Staatsstreich zu bewegen. Im Herbst 1941 habe Falkenhausen Brauchitsch noch einmal zu einem solchen Schritt zu überreden versucht, beide Male allerdings vergeblich.

Prof. Ritter sagte zu der Fragestellung, ob Falkenhausen den Posten des Militärbefehlshabers in Belgien hätte ablehnen können, Demissionen habe Hitler nicht angenommen, da er sie als Verrat betrachtet habe. v. Falkenhausen habe den Brüsseler Posten übernommen, um Schlimmeres zu verhindern.

Der ehemalige Luftwaffenoberst Wolfgang Ruhsert sagte aus, dem Oberkommando der Luftwaffe sei bekannt gewesen, daß Falkenhausen zwar mit Erschießungen gedroht, jedoch keine scharfen Maßnahmen durchgeführt habe.

Die Verhandlungen wurden auf den 7. Dezember vertagt.

So kurz wie möglich

Außenministerkonferenz in Paris. Der britische Außenminister Bevin kündigte am Mittwoch an, daß die Außenminister der USA, Frankreich und Großbritannien in der nächsten Woche in Paris zusammenkommen werden, um eine Antwort auf den sowjetischen Vorschlag zu beraten. Verordnungen über die Erhöhung der Strom- und Gaspreise werden gegenwärtig im Bundeswirtschaftsministerium ausgearbeitet. Dabei ist man bestrebt, die Preiserhöhung möglichst niedrig zu halten. Mit den neuen Verordnungen wird sich zunächst der interministerielle Preisrat zu befassen haben, sodann muß das Kabinett und der Bundesrat Stellung nehmen.

KZ-Wächter aus Landsberg entlassen. Der frühere Wachposten des Konzentrationslagers Mauthausen, Ludwig Dörr, wurde Mittwoch früh aus dem Landsberger Gefängnis entlassen, nachdem der amerikanische Oberkommandierende, General Handy, ihn begnadigt hatte. Dörr war wegen angeblicher Grausamkeiten zunächst zu lebenslänglichem Gefängnis, sodann zu siebenjähriger Haft verurteilt worden.

Kein Winter-Sport-Korridor zum Brocken. Die Bemühungen des Wintersportvereins Braunlage, für die Saison einen Korridor zu dem zur Sowjetzone gehörenden Skigebiet des Brockens zu ermöglichen, sind gescheitert.

Auf dem Segelfluggelände Hornberg soll eine Hochschule für Segelflug errichtet werden. Das Institut wird der Forschung und der Ausbildung von Segelfliegern dienen. Das Projekt kann jedoch erst in Angriff genommen werden, wenn der Segelflugsport in Deutschland zugelassen worden ist.

Die Ostseerausgänge und die südliche Ostsee werden nach Mitteilung des Inspektors des schwedischen Minenräumkommandos voraussichtlich erst 1958 minenfrei werden. Bis dahin wird sich die Schifffahrt an die geräumten Routen halten müssen. Um die gesamten nordeuropäischen Gewässer minenfrei zu machen, sind etwa dreißig Jahre erforderlich.

Bischof Bloerquist aus Stockholm, der sich in der Nachkriegszeit um die Wiederverknüpfung der schwedisch-deutschen Beziehungen über den kirchlichen Rahmen hinaus sehr verdient gemacht hat, nimmt vom 15. bis 17. Dezember an der Einweihung einer Kirche und eines Gemeindehauses in Lubenstadt bei Braunschweig teil.

Erhard plant Amerika-Reise. Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard erklärte, daß nach Regelung der deutschen Auslandsschuldenfrage wahrscheinlich Auslandskapital stärker am deutschen Markt interessiert sei und daß er dann eine persönliche Fühlungnahme mit der USA-Wirtschaft für vorteilhaft halte.

Großrazia gegen Lenin-Bund in Thüringen. Die SED-Partei-Kontrollkommission hat im Thüringer Landkreis Suhl eine Großrazia gegen den aus der Zeit vor 1933 bekannten „Lenin-Bund“ angeordnet. Die zahlreichen Mitglieder des Bundes sollten durch Verbreitung ihrer Theorien die Gefahr einer Abspaltung heraufbeschworen haben. Der Lenin-Bund hat sich seinerzeit scharf gegen den sowjet-hörigen Kurs Thälmanns gewandt.

„Meidet die Panzerwahlen“

SED-Lautsprecherwagen an den Sektorengrenzen

gm. Berlin, 29. November

Unter dem Motto „Meidet die Panzerwahlen“ verstärkt die SED von Tag zu Tag ihre Propaganda gegen die Wahl am 3. Dezember. Auch die Volkspolizei ist in die Aktion eingeschaltet: Lautsprecherwagen der Volkspolizei sind an den Sektorengrenzen eingesetzt und fordern die Westberliner auf, sich der Stimme zu enthalten. Die sowjetzonalen Eisenbahndirektion hat für den 3. Dezember einen „freiwilligen Aufbauschonntag“ angesetzt, um die in Westberlin wohnenden Eisenbahner an der Ausübung ihres Stimmrechtes zu hindern. Trupps von zwei bis drei Agitatoren sollen am Wahltag die Westberliner Wähler vor ihren Häusern abfangen und sie veranlassen, statt des Stimmzettels ein Flugblatt mit den Parolen der Nationalen Front in die Wahlurne zu werfen.

Sonntag
den 3., 10. und 17. Dezember

ist unser Haus
von 14 bis 18 Uhr
geöffnet!

ALTHOFF
DORTMUND

Haller-Wach GEGEN MÜDIGKEIT · EIN AMOL-ERZEUGNIS IN APOTHEKEN UND DROGERIEN 90PFG.

Wir danken allen herzlich für die schönen Geschenke, Glückwünsche und Blumenspenden anlässlich unserer Silberhochzeit.

Fritz Benger und Frau

Vormbaum,
im November 1950

Gut möbliertes
Zimmer
für Dipl.-Ing., ledig in Halver oder Umgebung für sofort gesucht.
Neosid
Pemetzrieder G. m. b. H.,
Halver i. W.

Brennholz
(Buche und Eiche) in Ofenlänge laufend ab Anschlag (Hefendeckel) abzugeben.

W. Muth, Brügge i. W.
Am Rattenberg 28 f

billiger
und immer gut

Nico
Herdputz

jetzt -55

Einzelmöbel

Kleinformel / Anbaumöbel
Kleiderschränke
Einzelbetten / Kinderbetten
Metallbetten / Frisierkommoden / Nachtschränke
Wohnzimmerstühle
Dielenstühle / Schreibtische
Schreibtischstühle / Arbeitstische / Küchentische
Ausziehtische / Wirtschaftstische / Geschirrschränke
Putzschränke / Spülschränke
Flurgarderoben / Schlafcouches / Bücherschränke
Aktenschränke
Rauchtische / Klubtische
Lampentische / Radiotische
Nächtische / Servierwagen
Barwagen / Teewagen
Polstersessel, in reicher Auswahl

Möbel Lukas
Hagen, Frankfurter Straße 90
am Markt — Fernruf 5284

Beglückende Geschenke
Rheinberger
Meisterschuhe
für die ganze Familie

Piepenstock
das Haus der Qualitätschuhe
Lüdenscheid
das führende Haus
der Marke Rheinberger

Trinkste wenig
trinkste tüchtig
trinkste Korn
dann trinkste richtig

*selbstverständlich der naturreine, edle Kornbranntwein

Ohne Werbung
kein Geschäft

Für den Gabentisch:

Privat - Briefpapier

in Kassellen und geschmackvollen Packungen
in allen Preislagen mit Namen

Wilhelm Bell jr. Halver



Auch in Halver sind Sonntag die Geschäfte
von 14 bis 18 Uhr geöffnet